

10.38

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler** (Grüne): Frau Präsidentin! Herr Vizekanzler! Ja, in der Tat berechtigt eine Aktuelle Europastunde zur Behandlung des Themas TTIP und CETA, weil es jetzt in die entscheidende Phase mit diesen sogenannten Handelsabkommen geht, „sogenannt“, weil es sich in erster Linie um Investitionsabkommen und in Wirklichkeit – das muss man jetzt einmal, glaube ich, wirklich klarer benennen – um Deregulierungskampagnen handelt von nicht nur, aber jedenfalls auch US-Großkonzernen, auch kanadischen, aber jedenfalls auch europäischen. Es geht also gar nicht so sehr um Nordamerika gegen Europa oder umgekehrt, sondern es geht um ganz bestimmten Wirtschaftsphilosophien, die jetzt hier Platz greifen sollen. Wir meinen, das sind die falschen. Da gibt es bei uns genug zu verteidigen und zu verbessern.

Aber jetzt ist das auf eine schiefe Ebene gestellt, und in Wirklichkeit wird mit diesem Abkommen die Totalabrisssbirne gegen ganz vernünftige Wirtschaftsprinzipien in Stellung gebracht. Es geht also um die Frage, welches Wirtschaftssystem wir eigentlich global organisieren wollen, und nicht darum, ob jetzt – das sei auch anderen Kampfpostern ins Stammbuch geschrieben – böse Verschwörungstheoretiker da wieder die böse Ostküste am Werken sehen. Damit haben wir nichts zu tun. Das sage ich gleich dazu. *(Beifall bei den Grünen.)*

Aber es geht eben um die wirklichen Fragen, wie wir Wirtschaft und Handel organisieren wollen. Mit Freihandel hat das Ganze sowieso nicht viel zu tun. Schlag nach im Lehrbuch!

Wo stehen wir? – Herr Bundesminister, Herr Vizekanzler, der österreichische Nationalrat hat, sowohl was CETA als auch was TTIP betrifft, eine klare Stellungnahme abgegeben, da lässt sich nicht viel anderes als eine De-facto-Ablehnung herauslesen. Aber nicht genug damit: Es haben die österreichischen Landeshauptleute – mit denen stimmen wir ja bei Gott nicht immer überein, das ist bekannt – mehrmals und zuletzt eben erst vorige Woche eine bindende Stellungnahme – ich werde gleich noch sagen, was das ist – verabschiedet, in der klipp und klar festgehalten wird, sowohl was TTIP, aber eben auch was das Kanada-Abkommen betrifft – und in diese Richtung geht ja jetzt die Debatte, darüber wollen wir heute auch in erster Linie debattieren –, keine Zustimmung zu geben, und zwar nach einer bestimmten Verfassungsbestimmung, die Sie in Wirklichkeit bindet.

Uns im Nationalrat würde einmal interessieren, wie Sie mit diesen De-facto- und auch juristischen Bindungen umgehen, denn demnächst werden die entsprechenden

Abstimmungen im Rat der Europäischen Union, im Handelsministerrat stattfinden, und da spielt Österreich natürlich eine entscheidende Rolle. Es wird nicht viel helfen, wenn Sie sagen, Sie treten eh gegen eine vorläufige Anwendung bestimmter Vertragsteile auf; es ist mittlerweile auch die Debatte, wie sich Österreich insgesamt zu den Inhalten dieser Abkommen stellt. Ich werde gleich anschließend auf CETA eingehen, weil CETA in Wirklichkeit – das sage ich schon dazu – nicht ganz so übel und nicht ganz so schlimm ist wie das, was erkennbar ist, was uns bei TTIP-Verhandlungen droht, aber allerweil noch mit Fug und Recht als der kleine böse Bruder des TTIP-Abkommens bezeichnet werden kann; deshalb ist es jetzt auch richtig und vernünftig, da hinzuschauen.

Dem sei aber noch einmal vorausgeschickt: Jawohl, kein vernünftiger Mensch wird etwas gegen vernünftigen und fairen Handel haben, das ist ja genau unsere Position, also muss man einmal hinschauen, was da drinnen steht – und das haben wir gemacht.

Apropos „drinnen steht“ und Transparenz: Erinnern wir uns, beim Kanada-Abkommen – das liegt im Übrigen in den Grundzügen seit Ende 2014 vor – ist uns jahrelang gesagt worden: Redet nicht mit, haltet euch raus – da hat man noch gar nicht erkannt, worum es geht –, denn wenn das Abkommen da ist, dann seht ihr es und dann können wir darüber reden, was vorliegt! Dann hat es vorgelegen; und was ist passiert? – Jetzt wollt ihr daherkommen, jetzt wollen die Abgeordneten mitreden? – So geht es eben nicht, und genau die gleiche Masche wäre Ihnen fast – fast! – beim noch viel schlimmeren TTIP-Abkommen gelungen. Deshalb ist es nur richtig, wenn wir das hier regelmäßig und ausführlich diskutieren.

Es ist ja nicht das erste Mal, dass wir Grünen dafür sorgen, sondern wir wollen in Wirklichkeit schon seit 2014 diese Agenda mitbestimmen; bis vor Kurzem wurden Transparenz und Mitbestimmung nicht zugelassen, aber jetzt wird es anders werden müssen, sonst werden Sie in Österreich nämlich nicht weit kommen. *(Beifall bei den Grünen sowie des Abg. Weninger.)*

Bei dieser Gelegenheit: Es geht jetzt schon auch um die Bundesregierung, denn – ich habe jetzt den Nationalrat und die Landeshauptleuterkonferenz erwähnt – unserer Rechtsauffassung nach muss auch die Bundesregierung Sie mandatieren, sagen, was Sie dort tun dürfen oder nicht. Wir werden ja schon morgen eine wunderbare Gelegenheit haben, das zu debattieren, da wird es ja die Erklärung des neuen Bundeskanzlers geben. Die SPÖ hat Ihnen sozusagen schon Gegenbedingungen mitausgerichtet – ich glaube, sogar Klubobmann Schieder –: Na gut, wenn Sie

Bedingungen an die neue Regierungsspitze der SPÖ stellen, dann stellt halt die SPÖ Bedingungen an Ihre Reichshälfte in der Regierung, und da werden TTIP und CETA ein Thema werden! – Gut so! Ich bin auch gespannt, wie sich der neue Bundeskanzler dazu positioniert. Wir sind nicht nur gespannt, wir werden dieser ganzen Angelegenheit morgen nachgehen und ihm gleich einmal auf den Zahn fühlen.

Wenn es jetzt aber so ist, dass CETA primär zu betrachten ist, dann tun wir das. Einige wenige Punkte: die berühmt-berüchtigten Schiedsgerichte oder Investitionsschutzbestimmungen, die jetzt – zugegeben – ein bisschen umgemodelt wurden. Die zweite Frage wird sein – und damit im Zusammenhang, was die Zukunft betrifft, regulatorische Kooperationskörper, die da auch mitvereinbart sind, wobei immer wieder versucht wird, auch auf die Gesetzgebung, zumindest auf Zuruf, Einfluss zu nehmen –: Schauen wir uns an, wie es mit dem Vorsorgeprinzip steht, schon bei CETA! Das ist ja in der europäischen Umwelt- und Wirtschaftsverfassung ganz wichtig. Letztendlich: die berechtigten Sorgen und Fragen der Bundesländer und der vielen Gemeinden, wenn es um die Möglichkeiten der sogenannten Daseinsvorsorge geht. – All das wird tangiert, das kann man nur unterschätzen, auch bei CETA.

Zu den Investitionsgerichtshöfen, wie sie jetzt heißen: Trotz Verbesserung bleibt völlig unbestritten, dass es um privilegierte Zugänge für Großkonzerne zum Rechtssystem geht. Das sagen nicht nur wir, das sagt auch der Deutsche Richterbund – ich habe hier die Stellungnahme vom Februar dieses Jahres, 2016, mitgebracht –, da steht, es habe überhaupt keine vernünftige Grundlage, es sei in zivilisierten Staaten nicht sinnvoll – genauso wie wir –, und in der Zusammenfassung heißt es wortwörtlich, es sei „der falsche Weg“, Sondergerichte für einzelne Gruppen zu schaffen. *(Zwischenruf bei den Grünen.)* – Wenn ihr applaudieren wollt ... *(Heiterkeit und Beifall bei den Grünen)* – Das ist immerhin der Deutsche Richterbund.

Es ist aber auch deshalb der falsche Weg, weil die Unabhängigkeit der Richter und Richterinnen nicht gewährleistet ist *(Zwischenruf bei der ÖVP)*, sowohl im Bestellverfahren als auch in der Stellung im Amt. Das hat mit einem normalen Gericht noch immer nichts zu tun, es wird aber versucht, das zu suggerieren – von der Kommission, von Frau Malmström, und ich glaube, Sie haben sich da auch noch nicht ganz emanzipiert. Ich muss da allerdings hinzufügen, erstens, dass wir in den letzten Monaten nachweislich in einer vernünftigen Art und Weise debattieren können – das beziehe ich jetzt aber nur auf Ihre Person –, und zweitens, dass Sie in den entsprechenden Räten immer wieder anmerken, dass es in Österreich besondere Schwierigkeiten gibt. Das will ich nicht verschweigen, das wäre nicht seriös. Trotzdem

bleiben die großen Fragen, und sie sind bisher entweder unbeantwortet, oder es werden falsche Antworten gegeben.

Setzen wir fort: Das Vorsorgeprinzip wird in dieser Grundkonstruktion torpediert, selbst bei CETA sehen wir, dass das Wissenschaftsprinzip vorangestellt werden soll. Was heißt denn das? – Jetzt ist plötzlich zu beweisen, warum etwas gefährlich sein könnte, es ist vorher aber zugelassen. Nicht, dass das schon im Vertrag steht, aber diese Richtung ist eingeschlagen! Und das ist genau der falsche Weg, und das ist etwas, wozu wir in Europa einiges zu bieten hätten.

In Wirklichkeit geht es ja darum, dass wir die Investitionen und den Welthandel in diese Richtung organisieren und nicht zumindest tendenziell das Fallbeil aufrichten; es fällt nicht morgen herunter, aber es wird langsam herunterfallen, und irgendwann wird es den Cut trotzdem geben. Vernünftige Prinzipien sind nicht, wie immer behauptet wird, globalisiert durchgesetzt, sondern es gibt einfach diesen Run, diese Tendenz, die Standards nach unten zu bringen, wenn wir diese Verträge nicht anders formulieren. Wir brauchen sie in dieser Form ja überhaupt nicht. Wir brauchen ja eine ganz andere Art von Handel und Wirtschaften.

Warum sollen wir nicht dafür kämpfen, dass es ein Leben, ein Wirtschaften und einen Handel gibt, ohne dass die Gentechnik durch die Hintertür reinkommt, denn das ist nämlich damit beabsichtigt. Stellen Sie sich vor, wir würden mit diesen Prinzipien die AKW-Frage behandeln! Ja, sie ist eh immer so behandelt worden, und genauso ist sie auch ausgegangen! Das Gleiche gilt für Gentechnik und anderes, deshalb muss man hier schon sagen: Wehret den Anfängen! *(Beifall bei den Grünen.)*

Das hat nichts mit der Ablehnung von vernünftigem Handel zu tun. Das Gleiche gilt für die Daseinsvorsorge, wobei bis in die Kommunen hinein Bindungen entstehen können; und die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister auch Ihrer Partei, allen voran, und die Landeshauptleute wehren sich an dieser Stelle zu Recht. *(Präsidentin Bures gibt das Glockenzeichen.)*

Kommen wir also zum Schluss noch einmal zu dieser Abfolge von Zustimmungseignissen: Sie können da nicht ohne Weiteres gegen das Parlament, gegen die Landeshauptleute und gegen die Bundesregierung – wenn sie sich denn endlich äußert, morgen werden wir es hören – zustimmen, deshalb: Raus aus diesen Verhandlungen, Abbruch der TTIP-Verhandlungen! Wir sehen, wo das hingeht, meine NachrednerInnen werden das noch erklären; das ist die völlig falsche Richtung. *(Präsidentin Bures gibt neuerlich das Glockenzeichen.)*

Und was CETA betrifft, geht es nicht nur darum, ein paar kleine Teile irgendwie zu retten und später, in drei Jahren, abzustimmen, während die große Wurst schon vorher verfüttert wird.

**Präsidentin Doris Bures:** Herr Abgeordneter, kommen Sie bitte zum Schlusssatz.

**Abgeordneter Mag. Werner Kogler** (*fortsetzend*): Die CETA-Frage ist abzulehnen und die vorläufige Anwendung, um die es da geht, sowieso; das folgt daraus. Das ist ein klarer Fahrplan. Bitte, bekennen Sie sich dazu! (*Beifall bei den Grünen*)

10.49

**Präsidentin Doris Bures:** Zu einer einleitenden Stellungnahme hat sich Herr Vizekanzler Dr. Mitterlehner zu Wort gemeldet. Herr Vizekanzler, Ihre Redezeit soll 10 Minuten nicht überschreiten. – Bitte.